

Urteil in Handelssachen Nr. 2018TALCH06/00820

Öffentlicher Verhandlungstermin vom Donnerstag, siebenundzwanzigster September zweitausendachtzehn

Abwicklung Nr. L-11205/18

Zusammensetzung:

Nadine WALCH, Vizepräsidentin

Joe ZEIMETZ, Richter

Jackie MORES, Richterin

Claude FEIT, Urkundsbeamtin

[Unterschrift]

Zwischen:

Dem Staatsanwalt beim Bezirksgericht von und zu Luxemburg, Gerichtsviertel, Luxemburg,

Kläger auf Auflösung und Abwicklung der Aktiengesellschaft WMP I SICAV, gemäß einem Antrag vom 11. Juli 2018,

vertreten durch Patrick KONSBRUCK, Erster stellvertretender Staatsanwalt,

und:

der Investmentgesellschaft mit variablem Kapital **WMP I SICAV**, mit Firmensitz in L-6776 Grevenmacher, 17, rue de Flaxweiler, eingetragen im Handels- und Firmenregister von Luxemburg unter Nummer B 174466,

beklagte Partei im Rahmen des vorgenannten Antrags,

ohne Einlassung auf das Verfahren,

in Gegenwart:

der luxemburgischen Finanzaufsichtsbehörde "**Commission de Surveillance du Secteur Financier**", mit Firmensitz in L-1150 Luxemburg, 283, route d'Arlon,

vertreten durch Herrn Serge EICHER, berufsansässig zu Luxemburg.

SACHVERHALT:

Durch den nachfolgend beigefügten Antrag vom 11. Juli 2018 beantragte der Staatsanwalt die Auflösung und Abwicklung der beklagten Gesellschaft:

Der Vorgang wurde anlässlich des öffentlichen Verhandlungstermins vom 20. September 2018 vor der sechsten Kammer mit Zuständigkeit für Handelssachen bearbeitet, wobei im Rahmen dieses Termins die Verhandlungen wie folgt stattfanden:

Der Stellvertreter der Staatsanwaltschaft verlas den oben wiedergegebenen Antrag und legte seine Klagemittel dar.

Der Vertreter der "Commission de Surveillance du Secteur Financier" trug seine Anmerkungen vor.

Die beklagte Partei ist zu diesem Termin nicht erschienen.

Hiernach nahm das Gericht die Beratung auf und fällte in der öffentlichen Sitzung vom heutigen Tage

das folgende Urteil:

Durch den beigefügten Antrag vom 11. Juli 2018 beantragte der Staatsanwalt die Auflösung und Abwicklung der Investmentgesellschaft mit variablem Kapital WMP I SICAV (nachfolgend bezeichnet als "die Gesellschaft WMP I"), mit Firmensitz in L-6776 Grevenmacher, 17, rue de Flaxweiler.

Der Antrag wurde der betreffenden Partei durch die Geschäftsstelle des Gerichts am 27. Juli 2018 zugestellt.

Die Staatsanwaltschaft legt zur Unterstützung ihres Antrags dar, dass sie von der "Commission de Surveillance du Secteur Financier (nachfolgend bezeichnet als "CSSF")" in Anwendung von Artikel 143 (1) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen, in der geänderten Fassung (nachfolgend "das Gesetz vom 17. Dezember 2010, in der geänderten Fassung"), einen Antrag auf Abwicklung und Auflösung der Gesellschaft WMP I erhalten habe, da diese Gesellschaft gemäß den Bestimmungen von Artikel 147 (2) k) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, in der geänderten Fassung, am 2. Mai 2018 Gegenstand einer Entscheidung über die Streichung von der amtlichen Liste der Organismen für gemeinsame Anlagen gewesen sei und dass kein Widerspruch gegen diese Streichungsentscheidung beim Verwaltungsgericht erhoben wurde.

Der Antrag der Staatsanwaltschaft stützt sich, entsprechend dem ihr von der CSSF übermittelten Antrag, auf Artikel 143 (1) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, in der geänderten Fassung, worin im ersten Absatz das Folgende vorgesehen ist: *"Das Bezirksgericht, tagend in Handelssachen, verkündet auf Antrag des Staatsanwalts, handelnd von Amts wegen oder auf Antrag der CSSF, die Abwicklung und Auflösung von Organismen für gemeinsame Anlagen (OPC), die in den Artikeln 2 und 87 angegeben sind und deren Eintragung in die Liste gemäß Artikel 130 Abs. 1 definitiv abgelehnt oder widerrufen wurde"*.

Es steht fest in dem Streitfall, dass das Gesetz vom 17. Dezember 2010, in der geänderten Fassung, auf die Gesellschaft WMP I anwendbar ist, dass die Entscheidung vom 2. Mai

2018 der CSSF, diese Gesellschaft von der vorgenannten amtlichen Liste der Organismen für gemeinsame Anlagen zu streichen, der beklagten Partei ordnungsgemäß am 2. Mai 2018 zugestellt wurde, dass die Frist von einem Monat zur Erhebung eines Widerspruchs gegen diese Löschungsentscheidung verstrichen ist, ohne dass ein solcher Widerspruch beim Verwaltungsgericht einging (s. Bescheinigung der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts vom 7. Juni 2018) und dass die Löschungsentscheidung daher endgültig ist.

Liquidator

Entsprechend Artikel 143 (2) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, in der geänderten Fassung, kann der Liquidator eines Organismus für gemeinsame Anlagen jede Art von Klagen erheben und fortsetzen, Zahlungen entgegennehmen, Löschungen mit oder Quittierung gewähren, Wertpapiere desselben verwerten und sie wieder verwenden, Handelspapiere erstellen oder indossieren, Vergleiche schließen oder Verzichtserklärungen abgeben. Er kann die Immobilien des Organismus auf dem Wege einer Versteigerung veräußern. Er kann ferner, aber nur mit gerichtlicher Genehmigung, seine Güter hypothekarisch belasten, sie verpfänden und seine Immobilien freihändig veräußern.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 143 (3) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, in der geänderten Fassung, können ab dem Abwicklungsurteil Klagen hinsichtlich beweglicher und unbeweglicher Güter sowie Vollstreckungswege bezüglich beweglicher und unbeweglicher Güter nur gegen den Liquidator fortgeführt, erhoben oder vollstreckt werden. Durch das Abwicklungsurteil werden sämtliche Pfändungen auf Antrag der chirographischen und nicht bevorrechtigten Gläubiger bezüglich beweglichem und unbeweglichem Vermögen gestoppt.

Daraus ergibt sich, dass die in Abwicklung befindliche Gesellschaft das Recht zur Verwaltung sämtlicher Güter verliert, das auf den Liquidator übertragen wird, der sowohl zugunsten der Gesellschaft als auch der Anleger und Gläubiger handelt, die von ihm vertreten werden und er verfügt über sämtliche Vollmachten zur Ausführung seiner Aufgabe.

Im vorliegenden Fall kann er seine Befugnisse sowohl im Großherzogtum Luxemburg als auch im Ausland ausüben, da sich durch die Regel von Einheit und Universalität der gerichtlichen Liquidation einer Gesellschaft, die ihren Firmensitz in Luxemburg hat, deren Wirkungen grundsätzlich auf sämtliche beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenstände der in Abwicklung befindlichen Gesellschaft ausdehnen.

Der Liquidator kann, sofern er dies für erforderlich hält, Bevollmächtigte, Beauftragte oder Mitarbeiter einschalten, die insbesondere die Aufgabe der Verwahrung und Führung der Bücher, Verzeichnisse und Archive der Gesellschaft WMP I bzw. des Erhalts und der Verwertung der Guthaben und Ergreifung sämtlicher Maßnahmen haben, die ihm im Interesse der Abwicklung zu liegen scheinen.

Die für diese Zwecke vom Liquidator getätigten Ausgaben sowie seine Kosten und Honorare gehen zu Lasten der in Abwicklung befindlichen Gesellschaft und werden als Verwaltungskosten betrachtet, die noch vor jeder Ausschüttung von Geldern aus den Aktiva der Abwicklung zu entnehmen sind.

Als Folge aus dem Übergang der Verwaltung auf den Liquidator besteht ferner

Veranlassung, das Ende des Zinslaufs hinsichtlich der Insolvenzmasse auf den 27. September 2018, den Tag der Eröffnung der Abwicklung, festzulegen.

Vorlage der Forderungen

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 143 (4) des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, in der geänderten Fassung, schüttet der Liquidator nach Zahlung oder Hinterlegung der zur Begleichung der Schulden erforderlichen Beträge an die Anleger die ihnen zukommenden Beträge oder Wertpapiere aus. Daraus ist zu schließen, dass die Anleger der Gesellschaft WMP I nicht als Massegläubiger zu betrachten sind, sondern als "Aktionäre", die die Liquidationsüberschüsse unter sich aufteilen werden.

Unter diesen Umständen sind sie nicht verpflichtet, eine Forderungsanmeldung einzureichen, um ihre Ansprüche geltend zu machen.

Die Gläubiger des Organismus für gemeinsame Anlagen haben ihre Forderungsanmeldungen bis spätestens 27. Dezember 2018 bei der Geschäftsstelle des Bezirksgerichts von und zu Luxemburg, sechste Kammer, einzureichen. Auf Forderungsanmeldungen, die nach diesem Datum erfolgen, ist Artikel 508 des luxemburgischen Handelsgesetzbuchs (Code de commerce) anzuwenden.

Zulassung und Anfechtung von Forderungen

Die Überprüfung der Forderungen erfolgt durch den Liquidator entsprechend der Einreichung der Forderungsanmeldungen bei der Geschäftsstelle des Gerichts: Sie bezieht sich auf die Listen von Forderungen, die er für zulässig erachtet. Jede zulässige Forderung wird durch die Identität des Inhabers, ihre Höhe und ihren Grund sowie ihren bevorrechtigten oder chirographischen Charakter identifiziert. Der Liquidator erstellt parallel Listen, in denen die angefochtenen Forderungen eingetragen werden.

Der Liquidator berichtet dem Insolvenzrichter über seine Prüfungsmaßnahmen und unterbreitet ihm regelmäßig Entwürfe der Listen der zulässigen und angefochtenen Forderungen.

In den ersten zehn Tagen im Februar, Juni und Oktober werden die Listen mit den für zulässig erklärten Forderungen bei der Geschäftsstelle des Bezirksgerichts von Luxemburg, sechste Kammer, eingereicht, wo die angemeldeten Gläubiger, die in die Bilanz eingetragenen Gläubiger sowie die Anleger diese prüfen können.

In diesem Zeitraum können die gleichen Personen Widerspruch gegen die in die Liste eingetragenen Forderungen erheben. Der Widerspruch wird durch eine Erklärung bei der Geschäftsstelle eingereicht. Dies wird vom Leiter der Geschäftsstelle des Gerichts in der entsprechenden Liste am Rande der angefochtenen Forderung vermerkt. Der Vermerk trägt das Datum des Widerspruchs und Angaben zur Identität der Widerspruch erhebenden Person sowie ggf. des Bevollmächtigten, der den Widerspruch erhebt. Der Widerspruch muss, bei Strafe der Unzulässigkeit, innerhalb drei Tagen per Einschreiben an den Liquidator erhoben werden. In ihm müssen, bei Strafe der Unzulässigkeit, die genauen Daten des Urhebers des Widerspruchs, die Wahl der Zustellungsanschrift in der Gemeinde Luxemburg, die Belege zur Eigenschaft sowie die zur Stützung des Widerspruchs geltend gemachten Mittel und Schriftsätze angegeben sein.

Zulässigkeit und Begründetheit des Widerspruchs werden zusammenfassend vom Liquidator kontrolliert.

Nach Ablauf der Frist von zehn Tagen für die Einlegung eines Widerspruchs gelten die zulässigen und nicht angefochtenen Forderungen innerhalb der von Liquidator und Insolvenzrichter unterzeichneten Protokolle als definitiv zugelassen.

Der Liquidator wird die Gläubiger, deren Forderungsanmeldungen angefochten wurden oder die Gegenstand eines zulässigen und nicht unbegründeten Widerspruchs waren, ordnungsgemäß von der Anfechtung ihrer Forderung oder der Existenz eines Widerspruchs per Einschreiben an die Anschrift der Domizilierungsstelle bzw. an die Anschrift des ausländischen Bevollmächtigten bzw. unter der Anschrift, die in der Forderungsanmeldung angegeben ist bzw. unter der letztbekannten Anschrift informieren.

Sollten die Gläubiger nicht innerhalb 40 (vierzig) Tagen ab der Absendung des Einschreibens auf dem Wege einer Vorladung reagieren, ist die betreffende Forderungsanmeldung definitiv als abgewiesen zu betrachten.

Der Liquidator informiert ferner die Widersprechenden, deren Widerspruch als unzulässig oder unbegründet anzusehen ist, von der Anfechtung ihres Widerspruchs per Einschreiben, das an die gewählte Zustellungsanschrift gesandt wird.

Sollten die Widerspruch Erhebenden nicht innerhalb 40 (vierzig) Tagen ab der Absendung dieses Einschreibens auf dem Wege einer Vorladung reagieren, wird der betreffende Widerspruch definitiv als nicht existent angesehen und die Forderung für zulässig erklärt.

Ein Gläubiger, der auf dem Wege einer Vorladung gegen den Liquidator vorgeht, und im Falle eines Widerspruchs, auch gegen den Widerspruch Erhebenden, ebenso wie ein Widerspruch Erhebender, der auf dem Wege einer Vorladung gegen den Gläubiger und den Liquidator vorgeht, müssen innerhalb der Vorladung eine Zustellungsanschrift in der Gemeinde Luxemburg angeben. Sollte diese Zustellungsanschrift nicht während der Dauer des Verfahrens aufrechterhalten bleiben bzw. bei Mitteilung über eine Änderung der gewählten Zustellungsanschrift an den Liquidator, können sämtliche späteren Informationen und Zustellungen an diesen gemäß Artikel 499 Abs. 2 des "Code de commerce" rechtsgültig über die Geschäftsstelle des Bezirksgerichts von Luxemburg, tagend in Handelssachen, sechste Kammer, erfolgen.

Anfechtungen, auf die keine sofortige Entscheidung erfolgen kann, werden ausgesondert. Forderungen, die nicht in der Zuständigkeit des Bezirksgerichts von Luxemburg, tagend in Handelssachen, liegen, werden vor das zuständige Gericht verwiesen.

Gegen Urteile, in denen über Anfechtungen und Widersprüche befunden wird, ist kein Einspruch möglich.

Gläubiger, deren Forderungen zugelassen wurden, werden einzeln in einem einfachen Schreiben des Liquidators darüber informiert.

Umrechnung von Forderungen, die auf eine andere Währung als den Euro lauten

Forderungen, die auf eine andere Währung als den Euro lauten, werden in diese Devisen umgerechnet, und zwar zum Wechselkurs am Tage dieses Abwicklungsurteils, der von der

Europäischen Zentralbank veröffentlicht wird, und die Zahlung sämtlicher zugelassenen Forderungen erfolgt in Euro.

Im Übrigen besteht in Anwendung von Artikel 143 (1) 3. Abs. des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, in der geänderten Fassung, Veranlassung zur Erklärung der Anwendbarkeit der Regeln über die Abwicklung insolventer Gesellschaften, vorbehaltlich der oben genannten abweichenden Modalitäten sowie der Modalitäten, die für die Art der Abwicklung nötig sind, die ggf. auf der Basis einer späteren Entscheidung erfolgt.

In Anwendung von Artikel 143 (1) 4. Abs. des Gesetzes vom 17. Dezember 2010, in der geänderten Fassung, ist das vorliegende Urteil vorläufig vollstreckbar.

Aus diesen Gründen:

befindet und entscheidet das Bezirksgericht von und zu Luxemburg, sechste Kammer, mit Zuständigkeit für Handelssachen, durch ein Abwesenheitsurteil, nach Anhörung der Anträge des Vertreters der Staatsanwaltschaft;

lässt die Klage **zu**, da sie formgerecht ist;

erklärt die Investmentgesellschaft mit variablem Kapital **WMP I SICAV**, mit Firmensitz in L-6776 Grevenmacher, 17, rue de Flaxweiler, eingetragen im Handels- und Firmenregister von Luxemburg unter Nummer B 174466, für aufgelöst;

ordnet die Abwicklung an;

bestellt Frau Jackie MORES, Richterin am Bezirksgericht von und zu Luxemburg, zur Insolvenzrichterin und Maître Cédric SCHIRRER, beim Obersten Gerichtshof zugelassener Rechtsanwalt berufsansässig zu Luxemburg, zum Liquidator;

erklärt, dass der Liquidator sowohl die Gesellschaft als auch ihre Anleger und Gläubiger vertritt und über die weitreichendsten Vollmachten im Hinblick auf die Erfüllung seiner Aufgabe sowohl im Großherzogtum Luxemburg als auch im Ausland verfügt;

erklärt, dass der Zinslauf mit dem 27. September 2018 endet;

fordert die Insolvenzgläubiger auf, ihre Forderungen bis zum 27. Dezember 2018 bei der Geschäftsstelle des hiesigen Handelsgerichts anzumelden;

erklärt die gesetzlichen Bestimmungen auf die Abwicklung des insolventen Unternehmens für anwendbar, vorbehaltlich der folgenden abweichenden Bestimmungen:

Die Prüfung der Forderungen erfolgt durch den Liquidator entsprechend dem Fortschreiten der Einreichung der Forderungsanmeldungen; sie bezieht sich auf die Listen der Forderungen, die er für zulässig erachtet; jede zulässige Forderung wird durch die Identität des Inhabers, ihre Höhe und ihren Grund sowie ihren bevorrechtigten oder chirographischen Charakter identifiziert; der Liquidator erstellt Listen, in denen die angefochtenen Forderungen eingetragen werden.

Der Liquidator berichtet dem Insolvenzrichter über seine Prüfungsmaßnahmen und

unterbreitet ihm regelmäßig Entwürfe der Listen der zulässigen und angefochtenen Forderungen.

In den ersten zehn Tagen im Februar, Juni und Oktober werden die Listen mit den für zulässig erklärten Forderungen bei der Geschäftsstelle des Bezirksgerichts von Luxemburg, sechste Kammer, eingereicht, wo die angemeldeten Gläubiger, die in die Bilanz eingetragenen Gläubiger sowie die Anleger diese prüfen können.

In diesem Zeitraum können die gleichen Personen Widerspruch gegen die in die vorgenannten Listen eingetragenen Forderungen erheben. Ein Widerspruch wird durch eine Erklärung bei der Geschäftsstelle des Gerichts eingebracht; dieser wird vom Geschäftsstellenleiter in der betreffenden Liste am Rande der angefochtenen Forderung vermerkt. Der Vermerk trägt das Datum des Widerspruchs und Angaben zur Identität der Widerspruch erhebenden Person sowie ggf. des Bevollmächtigten, der den Widerspruch erhebt. Der Widerspruch muss, bei Strafe der Unzulässigkeit, innerhalb drei Tagen per Einschreiben an den Liquidator wiederholt werden. In ihm müssen, bei Strafe der Unzulässigkeit, die genauen Daten des Urhebers des Widerspruchs, die Wahl der Zustellungsanschrift in der Gemeinde Luxemburg, die Belege zur Eigenschaft sowie die zur Stützung des Widerspruchs geltend gemachten Mittel und Schriftsätze angegeben sein.

Zulässigkeit und Begründetheit des Widerspruchs werden zusammenfassend vom Liquidator kontrolliert.

Nach Ablauf der Frist von zehn Tagen für die Einlegung eines Widerspruchs gelten die zulässigen und nicht angefochtenen Forderungen innerhalb der von Liquidator und Insolvenzrichter unterzeichneten Protokolle als definitiv zugelassen.

Der Liquidator wird die Gläubiger, deren Forderungsanmeldungen angefochten wurden oder die Gegenstand eines zulässigen und nicht unbegründeten Widerspruchs waren, ordnungsgemäß von der Anfechtung ihrer Forderung oder der Existenz eines Widerspruchs per Einschreiben an die Anschrift der Domizilierungsstelle bzw. an die Anschrift des ausländischen Bevollmächtigten bzw. unter der Anschrift, die in der Forderungsanmeldung angegeben ist bzw. unter der letztbekannten Anschrift informieren.

Sollten die Gläubiger nicht innerhalb 40 (vierzig) Tagen ab der Absendung des Einschreibens auf dem Wege einer Vorladung reagieren, ist die betreffende Forderungsanmeldung definitiv als abgewiesen zu betrachten.

Der Liquidator informiert ferner die Widersprechenden, deren Widerspruch als unzulässig oder unbegründet anzusehen ist, von der Anfechtung ihres Widerspruchs per Einschreiben, das an die gewählte Zustellungsanschrift gesandt wird.

Sollten die Widerspruch Erhebenden nicht innerhalb 40 (vierzig) Tagen ab der Absendung dieses Einschreibens auf dem Wege einer Vorladung reagieren, wird der betreffende Widerspruch definitiv als nicht existent angesehen und die Forderung für zulässig erklärt.

Ein Gläubiger, der auf dem Wege einer Vorladung gegen den Liquidator vorgeht, und im Falle eines Widerspruchs, auch gegen den Widerspruch Erhebenden, ebenso wie ein Widerspruch Erhebender, der auf dem Wege einer Vorladung gegen den Gläubiger und den Liquidator vorgeht, müssen innerhalb der Vorladung eine Zustellungsanschrift in der Gemeinde Luxemburg angeben. Sollte diese Zustellungsanschrift nicht während der Dauer

des Verfahrens aufrechterhalten bleiben bzw. bei Mitteilung über eine Änderung der gewählten Zustellungsanschrift an den Liquidator, können sämtliche späteren Informationen und Zustellungen an diesen gemäß Artikel 499 Abs. 2 des "Code de commerce" rechtsgültig über die Geschäftsstelle des Bezirksgerichts von Luxemburg, tagend in Handelssachen, sechste Kammer, erfolgen.

Anfechtungen, auf die keine sofortige Entscheidung erfolgen kann, werden ausgesondert.

Anfechtungen, die nicht in der Zuständigkeit des Bezirksgerichts von Luxemburg, tagend in Handelssachen, liegen, werden vor das zuständige Gericht verwiesen.

Gegen Urteile, in denen über Anfechtungen und Widersprüche befunden wird, ist kein Einspruch möglich.

Gläubiger, deren Forderungen zugelassen wurden, werden einzeln in einem einfachen Schreiben des Liquidators darüber informiert;

erklärt, dass Forderungen, die auf eine andere Währung als den Euro lauten, in diese Devisen umgerechnet werden, und zwar zum Wechselkurs am Tage dieses Abwicklungsurteils, der von der Europäischen Zentralbank veröffentlicht wird, und die Zahlung sämtlicher zugelassenen Forderungen erfolgt in Euro;

ordnet die Versiegelung am Firmensitz der insolventen Partei und überall dort **an**, wo dies erforderlich ist, sofern die Inventarisierung nicht an einem einzigen Tage erfolgen kann, wobei in diesem Fall keine vorherige Siegelanbringung durchzuführen ist;

ordnet die Veröffentlichung des vorliegenden Urteils als Auszug in der "Elektronische Sammlung der Gesellschaften und Vereinigungen" und sowie in den Tageszeitungen "Luxemburger Wort" und "Tageblatt" an;

erklärt dieses Urteil für vorläufig vollstreckbar;

lastet die Kosten der Investmentgesellschaft mit variablem Kapital **WMP I SICAV** bzw. andernfalls und bei Fehlen oder Unzulänglichkeit der Aktiva, der Staatskasse an.

[Unterschrift(en)]